

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25 241
Kurz für Nachdruck: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 29. Februar 1928 bei 1891. zweimaliger Auslegung drei Haus 1,50 Mk.
Goldensortensatz für Monat Februar 3 Mark ohne Postanstellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Gelddauer berechnet. Die empfangliche so man breite
Zeile 25 Pfg. für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabatt 15 Pfg. außerhalb 25 Pfg. Die so man breite Reklamazeile 200 Pfg.
außerhalb 250 Pfg. Orientierungsgebühr 10 Pfg. Ausw. Austräge ergehen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Druckerei: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Vieweg & Reichardt in Dresden
Vollständig-Ronto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Reichstagsauflösung bis zum 31. März.

Das Rotprogramm soll vorher durchgeführt werden. — Neuwahlen voraussichtlich am 13. Mai.

Nach dem Scheitern des Schulgesetzes.

Es ist gekommen, wie es nicht anders kommen konnte, nachdem die Gegensätze beim Schulgesetz sich in so hartnäckiger Weise verfestigt hatten: der Entwurf ist gescheitert. Das ist zweifellos eine deprimierende Enttäuschung für alle Freunde einer zielbewussten religiös-sittlichen Jugendzucht, angesichts deren nichts weiter übrig bleibt, als nun wenigstens die pädagogischen Handhaben, die der bestehende gesetzliche Zustand bietet, im Sinne einer christlichen Schulpolitik kraftvoll auszunutzen. Die Frage, die zunächst brennend ist, zielt aber nicht auf die Koalition ab, sondern auf die Koalition. Wenn die politische Vernunft regierte, müßte der von Hindenburg gezeigte Ausweg beschritten werden. Der Appell des Reichspräsidenten an das nationale Pflichtbewußtsein der Parteien hatte den Zweck, die Streitenden daran zu erinnern, daß sie unverantwortlich handeln würden, wenn sie sich wegen des Schulgesetzes die Haare zerrauten und blindlings der Wahlleidenschaft frönten, statt dem zwingenden Rufe zur Arbeit zu folgen, der von den großen noch der Lösung harrenden sonstigen Aufgaben der Reichspolitik ausgeht: Etat, Landwirtschaftsnothilfe, Liquidationsmaßnahmen, Kleinrentnergesetz, Sicherung des Wohnungsbaues für 1928, Strafrechtsreform. Die Deutschnationalen haben auf den Appell Hindenburgs am wärmsten reagiert durch die Erklärung, daß sie den Wünschen des Staatsoberhauptes in jeder Hinsicht entgegenzukommen bereit seien. Auch die Deutsche Volkspartei hat in einem Fraktionsbeschluss festgelegt, daß im Hinblick auf die dringenden, von der Koalition übernommenen gesetzgeberischen Aktionen eine vorzeitige Auflösung des Reichstages trotz dem Scheitern des Schulgesetzes vermieden werden müßte. Nur das Zentrum zog die Parteiführung auf. Die „Rheinische Volkszeitung“ äußerte, man habe das Schreiben Hindenburgs zwar mit dem Respekt ausgenommen, der schon durch die Person des „Briefschreibers“ geboten sei, aber die Selbstständigkeit der Entscheidung der Partei könne dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werden; die Lösung könne im Sinne des Reichspräsidenten nicht gefunden werden und die Krise sei daher unvermeidlich. Und die „Germania“ rief in daselbe Horn, indem sie wegwerfend mit Bezug auf die Koalition von einer „unangenehmen Zwangsgemeinschaft“ spricht. Warum die Lösung nach Hindenburgs Vorschlag nicht zu finden sein soll, darüber schwelgt sich die Zentrumspresse aus. Tatsächlich ist der vom Reichspräsidenten gewiesene Weg der einzige, der sich für verantwortungsbewusste Parteien in solcher Lage bietet. Weshalb soll denn unter dem Schiffsbruch des Schulgesetzes der gesamte übrige hochwichtige Arbeitsstoff des Reichstages leiden? Auch eine im Sterben begriffene Koalition wird doch durch ihren Schwachzustand nicht vom kategorischen Imperativ befreit, sondern behält noch gewisse höhere Verpflichtungen im Sinne einer fort-dauernden Bindung an das parlamentarische Gesamtarbeitsprogramm, dessen leistungsfähige Verwirklichung um einer auch noch so bedeutsamen Einzelfrage willen eine schwere Pflichtvergessenheit darstellen würde. Dieser Pflichtvergessenheit hat Hindenburg sein unerschütterliches und unbekräftigtes Pflichtbewußtsein gegenübergestellt und sich als rechter Pfadfinder erwiesen. Wenn der kategorische Pflichtimperativ für den „demokratischen Parlamentarismus“ überhaupt gilt, dann dürfte die Koalition nicht schon jetzt auseinanderfallen, sondern müßte bis zur Erledigung ihres Arbeitsprogramms beibehalten werden.

Entgegenfinden hätten, ob es nicht möglich wäre, für den Wahlkampf unter der Föhrung „Für ein christliches Schulgesetz“ eine Einheitsfront zu bilden. Es bleibt abzuwarten, was sich aus solchen Verhandlungen als praktischer Kern herauschält. Zunächst dürfen die Deutschnationalen für sich in Anspruch nehmen, daß sie ins Schwarze getroffen haben mit der Forderung, der Etat, die Landwirtschaftshilfe sowie das Liquidationsmaßnahmen- und Kleinrentnergesetz „in aller Ruhe und ohne jede krisenbafte Ueberstürzung“ unter Dach und Fach zu bringen. Nur so kann man von einem Handeln im Sinne und Geiste Hindenburgs sprechen. Wenn sich dann nachher der parteipolitische Auflösungsdruck wirklich nicht mehr zügeln läßt, wird für die Strafrechtsreform ein Uebergangsgesetz erlassen werden müssen, das den Fortbestand der bisherigen Beratunsergebnisse sichert, so daß im nächsten Reichstage nicht wieder von vorn angefangen zu werden braucht. Inzwischen richtet sich das allgemeine gespannteste Interesse auf den nächsten Schritt, den Hindenburg in dieser kritischen Lage tun wird.

Bei dem schon jetzt mit aller Bestimmtheit ansehendem Draufspiel über den Wahltermin muß die Taktik der Linken entlarvt werden, die mit den französischen Kammerwahlen zusammenhängt. Bisher wollten die Linksparteien nach den französischen Wahlen die Reichstagswahlen angeht wissen, weil sie in Frankreich eine Linkswendung erwarteten, die sie zu benutzen gedachten, um ihre Chancen in Deutschland durch die Vorpiegelung zu vergrößern, daß ein deutscher Linkssieg die Abseindräumung herbeiführen werde. Inzwischen hat aber der Polycarismus in Frankreich eine neue Stärkung erfahren, und da soll nun in Deutschland vor den französischen Wahlen gewählt werden. Geht es dabei nach links, so erhofft man davon einen entsprechenden Einfluß in Frankreich, geht es aber nach rechts, so hat man das Schlagwort, daß die deutsche „Rechtserei“ das ausichtsreiche Räumungsgeschäft verdrängen habe. Also immer das gleiche Spiel! Demgegenüber wird Hindenburg schon dafür sorgen, daß der Wahltermin, wenn es so weit ist, lediglich nach den Erfordernissen des öffentlichen Wohles ohne Rücksicht auf parteipolitische Sonderinteressen angelegt wird.

Einigung über die Aufräumungsarbeiten.

Auch die Opposition ist einverstanden.

(Traumeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. Febr. Amlich wurde im Laufe des Abends folgende Mitteilung ausgegeben:

In der heute unter dem Vorsitze des Reichskanzlers Dietrich mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei abgehaltenen Besprechung wurde die Stellungnahme des Kabinetts zu den augenblicklich schwebenden innerpolitischen Fragen mitgeteilt. Es herrschte völlige Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Durchführung eines Arbeitsprogramms, das den Haushalt für 1928, den Nachtragsetat für 1927 und wichtige damit im Zusammenhang stehende Fragen zum Gegenstande haben soll. Die Einzelheiten dieses Arbeitsprogramms sollen noch in dieser Woche festgelegt werden. Die Reichsregierung nimmt wegen der geschäftlichen Behandlung auch mit den übrigen Parteien alsbald Verhandlungen.

In den interfraktionellen Besprechungen, die im Laufe des heutigen Abends stattfanden, ist man unter den Regierungsparteien dahin übereingekommen, den Etat und den Nachtragsetat nach den Wünschen des Kabinetts noch zu erledigen, ebenso die noch ausstehenden sozialen und landwirtschaftlichen Notstandsaktionen. Besonders von deutschnationaler Seite wird darauf hingewiesen, daß die Regierunghilfe für die Landwirtschaft unter keinen Umständen durch die gegenwärtige Krise irgendwie beeinträchtigt oder verzögert werden dürfe. Wie wir hören, haben die Deutschnationalen zur Bedingung ihrer Mitwirkung an diesem Arbeitsprogramm gemacht, daß zunächst jetzt einmal das Kabinett sich darüber schlüssig wird, welche Hilfe es der Landwirtschaft gewähren will. Sollte das Kabinett vielleicht infolge des Widerstandes der anderen Parteien nicht dazu kommen, die Hilfemaßnahmen für die Landwirtschaft in

aller Kürze festzusetzen, so würden die Deutschnationalen die sofortige Auflösung des Reichstages verlangen. Im übrigen soll

der letzte Termin für die Auflösung des Reichstages der 31. März

sein. Sollte sich die Erledigung des vom Kabinett gewünschten Arbeitsprogramms nicht ermöglichen lassen, dann soll auf den Reichspräsidenten eingewirkt werden, die Auflösung des Reichstages schon vor dem 31. März vorzunehmen.

Man ist zwischen den Regierungsparteien auch darin übereingekommen, die parlamentarische Behandlung dieses Arbeitsprogramms so beschleunigt wie nur möglich vorzunehmen. Die Redezeit soll ganz wesentlich beschränkt werden und eventuell sollen zur Bewältigung des Arbeitsstoffes auch Nachtstunden vorgenommen werden. Die Regierungsparteien haben sich ferner gegenseitig verpflichtet, von der Stellung von Agitationsanträgen, die die Beratung wesentlich verzögern und verlangsamen müßten, abzusehen. Ferner hat als Vertreter der Reichsregierung der Reichskanzler Dietrich heute eine Besprechung mit den bisherigen Oppositionsparteien, den Demokraten und den Sozialdemokraten, gehabt. Von den Sozialdemokraten wurde ihm erklärt, daß man bereit sei, an einer möglichst schnellen Verabschiedung des Etats mitzuwirken, da auch die Sozialdemokratie Wert darauf lege, den Termin der Neuwahlen so früh als möglich festzusetzen. Die Sozialdemokraten erklärten dem Reichskanzler im übrigen, daß sie den Etat ablehnen würden. Auch die Demokraten sollen ähnliche Beschlüsse gefaßt haben.

Auch Preußen will wählen?

Berlin, 15. Febr. Im Preussischen Landtage verlangte heute, das preussische Kabinett und die Koalitionsparteien in Preußen hätten die Absicht, die Neuwahlen für den Preussischen Landtag gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen. Bisher hat sich allerdings eine Verhütung dieses Beschlusses nicht erreichen lassen. Als wahrscheinlicher Termin für Reichstags- und Preußenwahlen wird der 13. Mai genannt.

Erörterungen über die Schuldfrage.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Febr. Die Schuld an der Sprengung der Koalition will natürlich angedacht der bevorstehenden Wahlen keine Partei auf sich nehmen. Die schwierigste Position hat hierbei unteugbar die Deutsche Volkspartei. Ihr bester Kopf, der gewiegteste Politiker in allen Krisen und Komplikationen, Dr. Stresemann, weiß fern von der Reichshauptstadt, und es geben Gerüchte um, daß seine Erkrankung eine derart schwere sei, daß sie auf die Dauer zu stärkeren Beeinträchtigungen Anlaß sein müßte. Es scheint fast, daß die Deutsche Volkspartei unsicher operiert: Während die anderen Parteien Schlag auf Schlag in die politische Entwicklung eingreifen, kommt sie erst gegen Abend mit ihrer nachfolgend mitgeteilten Erklärung heraus.

Berlin, 15. Febr. Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß die Regierungskoalition nicht allein zur Erledigung des Schulgesetzes gebildet worden ist. Außerdem auf die bekannten noch der Lösung harrenden Aufgaben verwiesen wird, betont die Erklärung weiter, daß Angesichts dieser Sachlage die Deutsche Volkspartei der Auffassung ist, daß die Auflösung der Koalition und die damit verbundene Auflösung des Reichstages nicht gerechtfertigt werden kann. Sie war jedoch durch die Erklärung der übrigen Regierungsparteien in die Zwangslage versetzt, die Kündigung der Koalition zur Kenntnis zu nehmen. Bei den Verhandlungen über das Schulgesetz hat die

Deutsche Volkspartei von Anfang an bereitwillig mitgearbeitet. Das Zustandekommen des Gesetzes ist gesichert an der Ueberstimmung der Forderung des Zentrums, die im Endeffekt zu einer Untergrabung der Autorität des Staates über die Schule geführt hätten; Forderungen, denen die Deutschnationale Volkspartei allzu bereitwillig Gesolohaft geleistet hat. Gescheitert ist es an der Ueberstimmung des Begriffs des Kleinrentners, die in ihrer Auswirkung zu einer Zersplitterung und Verkleinerung des gesamten Schulwesens und — zum Schaden der christlichen Erziehungsgrundlage — zu unabsehbarer Entwicklung religiöser Weltanschauungsschulen geführt hätte. Auch über die Kosten der Lösung war die erforderliche Klarheit bis zum letzten Augenblick nicht herbeizuführen. Fest stand nur, daß durch die letzten Vorschläge der Regierung und der übrigen Parteien eine erhebliche Steigerung der Kosten noch über die Vorlage hinaus entstanden wäre, für die eine Deckung nicht vorhanden ist.

Die Antwort der Deutschnationalen.

Berlin, 15. Febr. In später Abendstunde gab die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei als Erwiderung auf die Erklärung der Deutschen Volkspartei eine längere Mitteilung heraus, in der es heißt:
Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei kommt in ihrer Erklärung auf die Behauptung zurück, daß nach dem Scheitern des Schulgesetzes die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gemeinschaftlich erklärt hätten, daß die Regierungskoalition als aufgelöst zu betrachten sei. Sie erklärt ihren